

Worum es geht

Rassismus muss zunächst verstanden werden, um ihn zu verlernen | Von Shelly Simons

Ich wurde vergangenes Wochenende auf den Black-Lives-Matter-Demonstrationen in Köln gefragt, ob Deutschland ein Problem mit Rassismus habe. Diese Frage hat mich als Betroffene von anti-schwarzem Rassismus sehr wütend gemacht. Ja, Deutschland hat ein Rassismusproblem, und diese Tatsache sollte auf keinen Fall leichtfertig von Menschen in der öffentlichen Diskussion abgetan werden, die sich nicht mit den Erfahrungen auseinandersetzen wollen, die tatsächlich Betroffene erlebt haben und erleben.

Wir Betroffene klagen seit jeher über Rassismus, doch unsere Stimmen wurden nicht gehört. Eindrucksvoll zu beobachten war dies zuletzt in der Talkshow „Maischberger. Die Woche“. Zunächst sollte in einer nur von weißen Menschen besetzten Runde über Rassismus diskutiert werden. Nach heftiger Kritik im Vorfeld der Sendung entschied sich die Redaktion, die Schwarze US-Wissenschaftlerin Priscilla Layne für ganze acht von insgesamt 72 Minuten hinzuschalten. (Ich schreibe Schwarz stets groß, da es sich um eine soziale Kategorie und nicht um die Beschreibung der eigentlichen Hautfarbe handelt.) Stets sind es weiße Menschen, denen die vermeintliche Deutungshoheit und Einschätzung der Situation zugestanden wird. Dass es auch Schwarze Deutsche gibt, kommt nur Wenigen in den Sinn, denn Deutschsein wird mit Weißsein verknüpft. Ich möchte hier aber deutlich sein: Es ist absolut notwendig, dass mehrheitlich betroffene Expertinnen und Experten an diesen Diskursen teilnehmen.



Denn das Problem an dieser „Debatte“ um Rassismus ist, dass zwar viele darüber sprechen, aber nur wenige wirklich begriffen haben, worum es geht, worum es wirklich gehen muss. Die deutsche Anti-Rassismus-Trainerin Tupoka Ogette schreibt in ihrem Buch „exit RACISM: rassismuskritisch denken lernen“, das im vergangenen Jahr im Unrast Verlag erschien, dass wir alle rassistisch sozialisiert worden sind, wie bereits viele Generationen vor uns.

Keiner kann sich davon freisprechen, selbst Betroffene nicht. Dennoch versichert mir die Mehrzahl der Menschen im persönlichen Gespräch, dass sie nicht rassistisch seien. Was viele nicht verstanden haben: Rassismus ist ein strukturelles und systematisches Problem, das tief in der Gesellschaft verankert ist. Es gibt keine Räume, die frei von Rassismus sind. Wer sich nun fragt, ob das auch für Deutschland gilt, genießt sein Privileg, nicht von Rassismus betroffen zu sein, und verschließt die Augen vor der rassistischen Realität.

Und das ist eine Realität, die schon in unseren Medien anfängt. In den meisten Filmen, Serien, Büchern oder Videospielen sind weiße Männer die Helden. Der Prototyp also, mit dem sich alle identifizieren sollen. Andere Identitäten werden oft überhaupt nicht mitgedacht; sollten Schwarze Menschen doch gezeigt werden, wird dabei meist auf bereits bestehende Stereotypen zurückgegriffen. Kriminelle werden in den Medien oft von Schwarzen Menschen verkörpert, als Darsteller von Terroristen werden meist Männer mit arabischem Aussehen gewählt. Diese Stereotype werden vom Publikum verinnerlicht und auf die Realität projiziert, nicht-weiße Menschen werden also auch im Alltag mit negativen Eigenschaften und Einstellungen assoziiert, die nicht der Realität entsprechen.

Der Ursprung dieser Denkweise liegt in der Kolonialzeit, als eine moralische Grundlage für die Ausbeutung und Versklavung Schwarzer und der indigenen Bevölkerung erschaffen werden musste.

So entstand die Rassentheorie, auf der die Vorstellung beruht, Menschen mit weißer Haut seien klüger und mehr wert als Schwarze Menschen.

Auch wenn sich seit dieser Zeit einiges verändert hat, wurden diese gedanklichen Strukturen nie richtig dekonstruiert und aufgearbeitet. An Deutschlands Schulen wird die deutsche Kolonialgeschichte sträflich vernachlässigt – ein Umstand, der sich dringend ändern muss, wenn wir das Ausmaß des heutigen Rassismus wirklich begreifen wollen. Auch hierzu lande müssen koloniale und rassistische Straßennamen geändert und Denkmäler weißer Kolonialherren entfernt werden. Wir sollten sie durch neue Denkmäler ersetzen, die berühmte afrodeutsche Menschen und ihre Geschichte zeigen.

Doch nicht nur in den deutschen Kolonien, auch in der jüngeren Vergangenheit hat es in Deutschland unzählige rassistische Angriffe und Morde gegeben: Zwischen 2000 und 2006 ermordete der NSU neun Menschen, 2005 verbrannte Oury Jalloh in einer Gefängniszelle in Dessau, während

seine Hände und Füße gefesselt waren. Der antisemitisch motivierte terroristische Anschlag in Hanau, bei dem neun Menschen getötet wurden, ist erst wenige Monate her. Doch selten ist in solchen Fällen von Gewalt gegen Nicht-Weiße von Rassismus die Rede. Stattdessen wird in vielen Medien meist von Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit gesprochen. Diese Art der Berichterstattung unterstreicht die Vorstellung, dass nicht-weiße Menschen scheinbar kein Teil von Deutschland und seiner Kultur sein könnten – eine Sichtweise, die diejenigen der Täterinnen und Täter gleicht, die ihre Heimat vor „den Anderen“ schützen wollen. Dass jetzt infolge des rassistischen Mordes an dem Afroamerikaner George Floyd durch einen weißen Polizisten weltweit und eben auch bei uns gegen Rassismus und Polizeigewalt demonstriert wird, ist gut und wichtig. Es war angesichts der langen Geschichte rassistischer Übergriffe in Deutschland aber auch längst überfällig.

Damit diese in den weltweiten Protesten freigesetzte Energie nun nicht folgenlos in einem Trend endet, sondern zu dauerhaften Veränderungen führt, bedarf es erstens der Etablierung flächendeckender, antirassistischer Bildung, um postkoloniale Denkweisen sichtbar zu machen und zu verlernen. Zweitens muss betroffenen Menschen konsequent zugehört und geglaubt werden, wenn sie von ihren Erfahrungen mit Rassismus berichten. Drittens sollte eine umfangreiche Aufarbeitung rassistischer Strukturen im deutschen Justizsystem oberste Priorität haben. Das wäre ein Anfang.

SHELLY SIMONS
ist Autorin und engagiert sich für die Black-Lives-Matter-Bewegung. Auf Instagram klärt die Afrodeutsche unter dem Handle @businessbirthe über rassistische Strukturen in Deutschland auf.

DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadear.

Investitionen

In den letzten Wochen haben in den USA antirassistische Proteste erneut ihre politische Kraft entfaltet. Die aktuellen #BlackLivesMatter-Proteste stehen in einer weltweiten historischen Tradition: Denn wo es rassistische Gewalt gab, gab es auch schon immer Widerstand dagegen.

Rassismus tötet. Vom Genozid an den Herero über die Anschläge in Rostock-Lichtenhagen bis Hanau: Rassismus hat auch eine kontinuierliche deutsche Geschichte. Dieser Text richtet sich an weiße Menschen, und falls sich diese Bezeichnung komisch anfühlt, sind Sie hier genau richtig. Es geht um unsere Rolle bei der Bekämpfung von Rassismus, in uns selbst, in unserem persönlichen Umfeld und in unseren gesellschaftlichen Strukturen.

Wir müssen Teil der Lösung sein. Drei Dinge, die jede_r dafür tun kann:

1. Mund aufmachen
Die Kollegin macht einen rassistischen Witz, und Sie kritisieren das. Sie bekommen mit, wie eine kopftuchtragende Frau samt kleinem Sohn beschimpft wird, und schreien ein. Zivilcourage gegen Rassismus hat viele Gesichter. Unser bloßes Weißsein fungiert dabei oft als Schutzschild, während Schweigen zusätzliche Gewalt bedeutet.

„Das Ziel muss sein, nicht intensiver um Schwarze Leben zu trauern. Sondern, sie zu schützen.“ schrieb Theatermacherin Simone Dede Ayivi jüngst in einem Gastbeitrag im *Tagesspiegel* über Rassismus in Deutschland.

2. Mund halten
Als weiße Menschen müssen wir prüfen, ob unsere Meinung gerade überhaupt gefragt ist oder wir Rassismusbetroffenen damit noch mehr Schmerz und Stress bereiten.

Vielleicht ist es passiert: Ihr Verhalten wurde als rassistisch kritisiert. Dann in die Defensive zu gehen oder in eine Schamstarre zu verfallen, tröstet höchstens das eigene Ego und bringt niemanden weiter. Wir müssen lernen, unser weißes Unbehagen auszuhalten, uns zu entschuldigen und weiter aktiv antirassistisch zu bleiben. Lesen Sie etwa Schwarze Autor_innen, dokumentieren und reflektieren Sie, was die Texte mit Ihnen machen. Selbst wenn Sie schon viel über Rassismus wissen: Mehr geht immer – und Fehler sind trotzdem möglich. Wichtig ist, sie nicht erneut zu begehen.

3. Strukturen verändern
Gerade weiße Menschen in Entscheidungspositionen müssen diese nutzen, um strukturelle Veränderungen zu bewirken. Ob Redaktionen, Parteien oder Institutionen: Stellen Sie Schwarze Menschen und People of Color ein beziehungsweise verschaffen diesen Zugang. Investieren Sie in langfristige antirassistische Maßnahmen.

Wir müssen Teil der Lösung sein.

Unangenehme Wahrheiten

Populismus ist eher das Symptom als die Ursache der gegenwärtigen Demokratiekrise | Von Philip Manow

Buchtitel wie „How Democracies Die“ oder „How Democracy Ends“ geben der weitverbreiteten Wahrnehmung Ausdruck, dass die liberale, repräsentative Demokratie akut gefährdet ist. Der letzte Report der Nichtregierungsorganisation *Freedom House* titelt: „Die Demokratie ist auf dem Rückzug“. Indien unter Modi, die Türkei unter Erdogan, Brasilien unter Bolsonaro, die Philippinen unter Duterte, Russland unter Putin und ja – die USA unter Trump: Die Rückkehr starker Männer mit gering entwickelter Neigung, die institutionelle Integrität der Demokratie zu schützen, hat zu alarmierenden Diagnosen geführt.

Dem korrespondiert der dramatische Aufstieg populistischer Parteien während der ersten zwei Dekaden des 21. Jahrhunderts in den parlamentarischen Demokratien Europas: Von Movimento, Podemos und Syriza im Süden bis zu den Schwedendemokraten und (wahren) Finnen im Norden, oder Fidesz und PiS im Osten, um nur einige der neuen populistischen Akteure zu nennen. Hinzu kommen nun auch noch die mit der Pandemie einhergehenden schweren sozialen Verwerfungen: Gehören die Demokratien mit populistischen Vorerkrankungen zur besonderen Covid-19-Risikogruppe? Manche wollten in Ungarn nach der Verabschiedung der dortigen Notstandsgesetze bereits die erste Corona-Autokratie auf europäischem Boden erkannt haben.

Man könnte zu beschwichtigen versuchen mit dem Hinweis, dass Krisendiagnosen schon immer ein Begleiter der Demokratie waren. Also nichts Neues unter der demokratischen Sonne und kein Grund zur Besorgnis? Zugegeben, als Ha-

rd Laski in den 1930er-Jahren seine *Weil Lectures* unter den Titel „Die Demokratie in der Krise“ stellte, sollte er auf tragische Weise recht behalten. Aber das erscheint ein bisschen wie bei den Ökonomen: Wenn permanent irgendjemand Krise schreit, wird das noch nicht dadurch zu einer präzisen Prognose, dass sie in seltenen Fällen auch eintritt. Zudem hatte Laski seinen Pessimismus auf die Analyse genau der zwei Länder gestützt, die dann für das Überleben der Demokratie im 20. Jahrhundert von zentraler Bedeutung wurden: die USA und das Vereinigte Königreich.

Aber unsere Zeiten unterscheiden sich von den vorherigen dann doch zumindest in einer Hinsicht. Es ist noch nicht so lange her, dass sich alle völlig einig waren: Die Demokratie ist zur einzig legitimen politischen Herrschaftsform geworden. Noch vor kurzem war diese „Ende der Geschichte“-Diagnose viel prägender als alle momentanen „Ende der Demokratie“-Warnungen, und diese *Posthistoire*-These stützte sich ja gerade auf den Befund, dass politische und ökonomischer Liberalismus, lies: Demokratie und Kapitalismus, als alleinige Sieger aus dem 20. Jahrhundert hervorgegangen waren. Das führt zur Paradoxie unserer heutigen Lage, die Pierre Rosanvallon etwa wie folgt resümiert: „Das demokratische Ideal herrscht mittlerweile uneingeschränkt, und doch stehen die Systeme, die sich auf dieses Ideal berufen, fast überall unter heftiger Kritik.“ Wir sind also mit der gleichzeitigen Nicht-Krise und Krise der Demokratie konfrontiert. Das ist neu.

Eine Folge ist, dass die Demokratie heute eigentlich nur noch im Namen der De-

mokratie herausgefordert wird. Es steht die direkte gegen die repräsentative Demokratie, die illiberale gegen die liberale, einige meinen sogar, der Konflikt werde ausgetragen als „the people vs. democracy“ (Yascha Mounk). Boris Johnson ließ in seinem jüngsten Wahlkampf „das Volk“ gegen „die Politiker“ antreten. Donald Trump reagierte auf die Einleitung des Amtsenthebungsverfahrens mit dem Tweet: „Sie sind nicht hinter mir, sondern hinter euch her!“ und bezeichnete das Impeachment als einen Anschlag auf die Demokratie.

Jeder beruft sich auf die Demokratie, diejenigen, die den Status quo verteidigen, genauso wie diejenigen, die ihn angreifen. Und das macht den politischen Gegner dann immer gleich zu einem Feind der Demokratie – unter Berufung auf jeweils ganz unterschiedliche Konzeptionen von ihr: möglichst uneingeschränkte Volkssouveränität auf der einen und maximal rechtlich eingetragener Liberalismus auf der anderen Seite.

Natürlich gibt es keinerlei Veranlassung, der Selbstdeutung der neuen populistischen Akteure als Kämpfer für eine wirkliche, wahre Demokratie und gegen ein autistisches und korruptes Elitenkartell, das uns nur als Demokratie zu verkaufen versucht wird, völlig zu folgen.



PROF. DR. PHILIP MANOW

lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Im Mai erschien seine viel gelobte Studie „(Ent-)Demokratisierung der Demokratie“ in der edition Suhrkamp.

Und dass, zweitens, ein Verständnis des Konflikts als Kampf zwischen Demokraten und Antidemokraten wohl zu kurz greift. Natürlich ist es ein hochplausibles Argument, dass eine „illiberale Demokratie“ à la Orbán in Wirklichkeit gar keine Demokratie sei. Aber das Argument, dass der Liberalismus in vielen seiner heutigen Ausprägungen undemokratisch geworden ist, ist es nicht minder. Aber damit zeigt sich, dass der Erfolg der Populisten nur vor dem Hintergrund der weit verbreiteten Enttäuschung über die Verfasstheit und Funktionsweise unserer repräsentativen Demokratie zu verstehen ist. „Unsere gegenwärtige Demokratie funktioniert nicht mehr gut. Anderenfalls hätten wir keine populistische Gegenbewegung.“ (David Runciman)

Das heißt aber: Die Populisten sind gar nicht das eigentliche Problem der Demokratie. Sie markieren nur, dass sie eines hat. Man wird jedoch die (repräsentative) Demokratie gegen ihre Herausforderer

schlecht verteidigen können, wenn man vermeidet, ihre Schwächen zu thematisieren, weil man sich darin eingerichtet hat, Ursache und Wirkung zu verwechseln. Versteht man den Konflikt jedoch nicht einfach nur als Kampf zwischen bösen Anti-Demokraten und guten Demokraten, sondern eher als Konflikt zwischen einer antiliberalen Demokratie und einem undemokratischen Liberalismus, hält das eine Reihe eher unangenehmer Wahrheiten bereit.

Der Liberalismus ist in diesem Konflikt nicht nur das ganz unbewegliche, ganz unschuldige Opfer von wundersam wiedererstandenen und in ihrer Herkunft reichlich ominös bleibenden „illiberalen Kräften“. Wir haben es vermutlich eher mit der politischen Antwort auf die Überdehnung des liberalen Projekts zu tun, seiner umfassenden Konstitutionalisierung weiter politischer Entscheidungsbereiche, seinem Versuch, immer mehr politische Fragen dem demokratischen Verfahren zu entziehen und an Gerichte oder internationale Instanzen und Verträge zu delegieren, der Immunisierung von Einzelrechten gegenüber politischen Mehrheiten, seiner Tendenz zur Juristokratie und Technokratie, zur postpolitischen Verwaltung freier Märkte und freier Bewegung. Und mit diesem Projekt ist Europa weiter vorangeschritten als irgendjemand anderes.

Insofern sind die aktuellen Enddiagnosen wohl nicht ohne die Enddiagnose der 1990er zu verstehen: In der triumphalistischen Feststellung, dass nun der Liberalismus „alternativlos“ gewonnen habe, war die Hybris und damit auch die heutige Krise des liberalen Projekts bereits angelegt.